

Die Steuer-Gewerkschaft

Gewerkschaftsorgan der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG)

– Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung –

**Steuerverwaltung und Steuerberatung:
Verständnis und Kooperation**

→ S. 147

Tarifverhandlungen ohne Ergebnis unterbrochen

→ S. 149

Finanzausgleich: Ein Webfehler des Föderalismus?

→ S. 150

12/97

149 Tarifverhandlungen ohne Ergebnis unterbrochen

Die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst, bei denen die Beschäftigungssicherung im Mittelpunkt steht, sind ohne Ergebnis unterbrochen worden. Der Vorsitzende der GGvöD, Horst Zies, forderte die Arbeitgeber von Bund, Ländern und Gemeinden auf, endlich substantielle Vorschläge zu machen.

150 Finanzausgleich: Ein Webfehler des Föderalismus?

In einer Fachtagung des DSTG-Bundesvorstandes wurde untersucht, ob der Länderfinanzausgleich heute noch sinnvoll sei. Beispielsweise behalte das Land Baden-Württemberg nur 8 Prozent der Mehreinnahmen aus der Betriebsprüfung in der eigenen Kasse. Dies schwäche die Lust auf intensive Prüfung.

147 Steuerverwaltung und Steuerberatung: Verständnis und Kooperation

Die Arbeitsgemeinschaft KLIMATAGUNG, die auf eine Initiative der DSTG zurückgeht, besteht 40 Jahre. Ondracek hob in seiner Rede hervor, die Finanzbeamten müßten auch steuerliche Berater der Bürger

sein. Dazu passe nicht das Gerede von den Steuerschlupflöchern, weil es sich um legale Formen handele.

Verhandlungsleiter ist traditionell der DSTG-Bundesvorsitzende. Im Bild: DSTG-Chef Dieter Ondracek (2. v.r.) mit seinen Vorgängern Erhard Geyer, Hermann Fredersdorf und Werner Hagedorn (v.l.).

Titelfoto

Bundesgeschäftsführer Paul Courth, Bundesvorsitzender Dieter Ondracek, BMF-Steuerabteilungsleiter Heinz-J. Rendels, der Gründer der Arbeitsgemeinschaft KLIMATAGUNG Hermann Fredersdorf und der Leiter der Bundesfinanzakademie Horst Vogelgesang (v.l.) beim 40jährigen Jubiläum der Arbeitsgemeinschaft im DSTG-Haus in Bonn

Copyright: Eduard N. Fiegel

Verantwortlich: Dieter Ondracek, Dr. Paul Courth, In der Raste 14 (DSTG-Haus), 53129 Bonn, Telefon (02 28) 5 30 05-0, Fax (02 28) 23 90 98, Verlag: Steuer-Gewerkschaftsverlag, In der Raste 14, 53129 Bonn, Telefon (02 28) 5 30 05-0, Fax (02 28) 23 90 98, Herstellung: BUB, Bonner Universitäts-Buchdruckerei, Baunscheidtstraße 6, 53113 Bonn. Nachdruck honorarfrei gestattet. „Die Steuer-Gewerkschaft“ erscheint zehnmal jährlich; regelmäßig beigelegt ist „Die Steuer-Warte“ und einem Teil der Ausgabe, neunmal im Jahr, „Die Steuer-Gewerkschaft in Nordrhein-Westfalen“. Bezugspreis durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Auflage: ca. 90 000. Anzeigenabteilung: In der Raste 14, 53129 Bonn. Tel. (02 28) 5 30 05 13, Fax (02 28) 23 90 98. Gültig ist Anzeigentarif Nr. 21 vom 1. Januar 1997.

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft ist eine „föderale“ Gemeinschaft. Sie operiert auf allen Ebenen unseres Gemeinwesens – auf der Bundes-, Landes- und Ortsebene.

Im Oktober und November 1997 haben drei Landesverbände und vier Bezirksverbände wichtige Zeichen und Impulse gesetzt – die Landesverbände Baden-Württemberg, Bremen und Hessen sowie die Bezirksverbände Düsseldorf, Freiburg, Karlsruhe und Stuttgart.

Alle DSTG-Großveranstaltungen im Herbst 1997 hatten einen positiven Effekt. Die Politik wurde mit den DSTG-Konzepten auf breiter Front konfrontiert. Ein tiefes Mißtrauen in die Politik wurde sichtbar: obwohl sich alle politischen Parteien über das Prinzip einig sind, wie mehr Steuergerechtigkeit geschaffen und der Wirtschaftsstandort Deutschland gestärkt werden kann, geschieht nichts.

Einig war man sich auf Landes- und Bezirksebene: verengt wurde die Refinanzierungsdebatte um die Große Steuerreform. Würden die vorhandenen Steuerquellen durch eine Stärkung der Finanzverwaltung erschlossen, könnten mindestens 50 Milliarden DM mehr in die Staatskasse von Theo Waigel fließen. Daß die Debatte um die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst eng verknüpft sind auch mit der Diskussion um die Erosion der Steuereinnahmen, liegt auf der Hand. Gerade diese enge sachliche und politische Verknüpfung wurde auf der Landes- und Bezirksebene sichtbar.

Die DSTG spricht mit einer Zunge und ist in sich solidarisch. Man braucht kein Politologe zu sein, um zu erkennen, daß dies auch ein wichtiges berufspolitisches Instrument ist. Und diese Instrumente sind in schwerer Zeit kontingentierte Mangelware.



Für ein gutes Steuerklima: „40 Jahre Arbeitsgemeinschaft Klimatagung“

Steuerverwaltung und -beratung: Verständnis und Kooperation

Die Arbeitsgemeinschaft Klimatagung konnte am 11. November 1997 einen runden Geburtstag feiern: 40 Jahre hat sie im Dienste eines „guten Steuerklimas“ gewirkt. Prominente Vertreter der Mitgliederorganisationen der Arbeitsgemeinschaft Klimatagung haben sich am 11. November 1997 im DSTG-Haus an diese 40 Jahre gemeinsamen Wirkens erinnert – im kleinen Kreis gemeinsam mit dem Steuerabteilungsleiter im Bundesfinanzministerium, Heinz-J. Rendels und dem Präsidenten der Bundesfinanzakademie, Horst Vogelgesang.

Der Verhandlungsleiter der Arbeitsgemeinschaft Klimatagung, Dieter Ondracek, umriß in seinen Begrüßungsworten die Ziele der Arbeitsgemeinschaft:

„So müssen sich die Beschäftigten der Steuerverwaltung immer wieder die Funktion der steuerlichen Berater vor Augen führen, die Interessen ihrer Mandanten zu vertreten und hierfür alle rechtlichen Möglichkeiten und Chancen auszuschöpfen. Hierzu paßt nicht das Gerede von den „Steuerschlußflöchern“. Die „Steuerschlußflöcher“ hat die Politik geöffnet. Sie als

**Frohe
Weihnachten
und ein
glückliches
neues Jahr**

wünscht allen Kolleginnen
und Kollegen
die DSTG-Bundesleitung

Die nächste Ausgabe
erscheint als Doppelnummer
Anfang Februar 1998

steuerliche Berater würden ihren Auftrag verfehlen, ja ihre Pflicht verletzen, wenn Sie nicht alle für ihre Klientel günstigen Steuergestaltungsmöglichkeiten orten und nutzen würden.

Zur Achtung vor der Interessenlage des anderen gehört aber auch das Bewußtsein, daß das Entgegenkommen der Finanzverwaltung an den zwingenden Steuernormen seine Grenzen findet, daß wir alle in einem Boot sitzen, wenn es um die Bekämpfung der ausufernden Steuerkriminalität geht. Wir müssen uns auch bewußt sein: Betriebsprüfer sind keine „Steuerschnüffler“ – so

**Betriebsprüfer
sind keine
„Steuerschnüffler“**

der sächsische Wirtschaftsminister Dr. Kajo Schommer –, sondern leisten einen Beitrag, „Steuergerechtigkeit durch gerechte Vollziehung der Steuergesetze zu verwirklichen“ – so der Bundesfinanzhof.

Ein gutes Steuerklima ist ein zartes Pflänzchen, das wir hegen und pflegen müssen, das viel Gespür und Sensibilität voraussetzt, das wir nicht nur an der Elle eines technokratischen Rechtsverständnisses messen können, sondern auch an den Regeln, die für ein faires und menschliches Miteinander gelten.

Lassen Sie mich hierfür ein Beispiel nennen:

Der „Weihnachtsfrieden“, die Bereitschaft der Finanzbehörden, zum Jahresende

keine belastende Steuerverwaltungsakte zu erlassen und auf Vollstreckungsmaßnahmen zu verzichten, geht über den eigentlichen fiskalischen Effekt hinaus, über den man sich in der Tat streiten kann. Er ist vielmehr ein Zeichen und Symbol dafür, daß die Steuerverwaltung ihre schweren Aufgabe in einem menschlichen Klima erfüllen will, daß sie sich als eine Verwaltung zeigt, für die dies ein „Offizium nobile“ der Besteuerungspraxis ist.

Wenn der Bundesrechnungshof nunmehr das Bundesfinanzministerium auffordert, auf die Länder einzuwirken, „die gesetzeswidrige ungleichmäßige Praxis künftig ausnahmslos aufzugeben“, frage ich mich, ob damit nicht zugleich auch ein Stück Rechtskultur aufgegeben wird. Wer Rolf Grabower, den Architekten der Betriebsprüfung, verstanden hat, aber auch Armin Spitaler, den Alfons Pausch als den Botschafter der Steuerkultur charakterisiert hat, wird diese Frage – so meine ich – unschwer beantworten können.

Kritisiert hat Ondracek die aktuelle Steuerpolitik. Alle seien sich darin einig, wie das komplizierte Steuerrecht vereinfacht, das Steuerchaos überwunden werden könne – nämlich über das Prinzip „Niedrigere Steuersätze – weniger Ausnahmen“.

Ein kompliziertes Steuerrecht produziere Konflikte und mache den steuerlichen Beratern, den Finanzrichtern und den Beschäftigten der Steuerverwaltung in gleicher Weise das Leben schwer. Eine durchgreifende

**Steuervereinfachung
würde Klima
verbessern**

fende Steuervereinfachung nach diesem Prinzip wäre daher auch ein wirkungsvoller Beitrag, das gemeinsame Ringen der Arbeitsgemeinschaft um ein gutes Steuerklima zu fördern.

„Wer die steuerpolitische Entwicklung in diesem Jahr verfolgt hat, hat festgestellt, daß es zwar unterschiedliche Positionen der politischen Parteien zur „Großen Steuerreform“ gegeben habe, aber die Kluft war nicht so tief, daß sie nicht hätte überbrückt werden können. Parteipolitische Profilierung im Vorfeld der Bundestagswahl hat dies verhindert. Der Bürger empfindet tiefes Mißtrauen in die Politik. Dies schlägt sich auch auf unsere Arbeit nieder“, so Ondracek.

Trotz allem appellierte Ondracek an die Teilnehmer, nicht zu resignieren und das gemeinsame Ziel, nämlich eine durchgreifende Steuervereinfachung weiterzuerfolgen.

Konkret vorgeschlagen hat Ondracek, die Idee der „Arbeitsgemeinschaft Klimata-

e-mail-Adresse der DSTG-Bundesgeschäftsstelle

Seit dem 10. November 1997 ist die DSTG-Bundesgeschäftsstelle in Bonn offiziell im Internet per e-mail unter folgender Adresse zu erreichen:

dstg-bonn@t-online.de

gung auch in die europäische Union hineinzutragen. Der europäische Integrationsprozeß gewinne immer mehr an Fahrt. Der „Euro“ zum 1. Januar 1999 werde die EU-Mitgliedsländer noch mehr zusammenschmieden. Trotz aller Erkenntnisse zur Subsidiarität würden durch diesen Prozeß auch die Steuerverwaltung und die Steuerberatung, nicht zuletzt auch die Finanzgerichtsbarkeit in der EU noch enger ineinander verzahnt und vernetzt.

Der Gründer der Arbeitsgemeinschaft Klimatagung und DSTG-Ehrevorsitzende Hermann Fredersdorf hatte zur Jubiläumssitzung eine Chronik vorgelegt und sie in seiner Festansprache an die Arbeitsgemeinschaft als ein gelungenes Experiment erinnert. Die Schwierigkeiten, die die Gründer der Arbeitsgemeinschaft zu überwinden hatten, um konträre Interessen an einen Tisch zu bringen, wurden in seiner Festansprache besonders deutlich. Die Konfrontation der Beschäftigten der Steuerverwaltung in der Weimarer Republik habe sich „nach dem demokrati-

**Fredersdorf:
Es ist gelungen, unterschiedliche Interessen an einen Tisch zu bringen**

schen Selbstverständnis der Gewerkschaft des Steuerpersonals in der Bundesrepublik Deutschland nicht wiederholen“ dürfen. Gefahr war im Verzuge. Anfang der 50er Jahre kam es zu heftigen Attacken gegen die Beschäftigten der Steuerverwaltung. Die Steuerverwaltung wurde in eine dunkle fiskalistische Ecke gestellt und als kalte technokratische Eingriffsverwaltung disqualifiziert. Die Beschäftigten der Steuerverwaltung und die steuerlichen Berater griffen zur Selbsthilfe und gründeten in der Arbeitsgemeinschaft Klimatagung einen „runden Tisch“ des Interessenaus-

Rendels beim Festvortrag.

gleichs – die Arbeitsgemeinschaft Klimatagung.

„Ein gutes Steuerklima – eine Chance für die Steuerrechtspflege“ diese These begründete der Steuerabteilungsleiter im Bundesfinanzministerium, Rendels. Auch Rendels mußte eingestehen: „Eine der größten gemeinsamen Sorgen ist der Zustand unseres Steuerrechts. Trotz vielfacher Therapieversuche und zahlreicher Einzelerfolge wächst die Krebsgeschwulst der Steuerkomplizierung unaufhaltsam weiter“.

Rendels legte auch die Ursachen offen: Der ausgeprägte Drang nach Einzelfallgerechtigkeit, der multifunktionale Einsatz der Steuer als Lenkungsmittel für alle möglichen Politikbereiche – von der Bauförderung über die Förderung für die neuen Bundesländer bis hin zur Umwelt- und Verkehrspolitik – sowie die Auswirkungen der europäischen Integration führten zu ständigen Komplizierungen des Steuerrechts und damit auch des Steuervollzugs. Dies belastete das Steuerklima. Dies spiegelte sich auch in den zunehmenden Rechtsbehelfen wider. So sei allein die Zahl der Einsprüche von 1994 auf 1996 von rund 3,1 Millionen um 0,5 Millionen auf rund 3,6 Millionen angewachsen.

Ein eindeutiges Bekenntnis legte Rendels zur steuerlichen Außenprüfung ab, die sich auch als ein gutes Steuerklima bewähren müsse.

„Wenn nach den Erkenntnissen des Bundesfinanzministeriums gleichwohl die

meisten Steuerprüfungen verfahrensmäßig in einem freundlichen Steuerklima verlaufen, sehe ich auch hierin eine Frucht des Wirkens der Arbeitsgemeinschaft Klimatagung“.

Rendels warf auch einen Blick auf die „fortschreitende Globalisierung der Wirtschaft und die Revolution der Kommunikationstechnologien“. Sie führten zu neuen Herausforderungen auch für die Steuerkontrolle. Der elektronische Geschäftsverkehr mit Hilfe von Internet und Intranet, der nach aktuellen Schätzungen innerhalb der nächsten drei Jahre ein weltweites Geschäftsvolumen von einer Billion Mark erreichen und übersteigen werde, sei eine besondere Herausforderung an die Steuerverwaltung.

Die nationalen Finanzbehörden könnten nicht untätig zusehen, wenn hier eine steuerfreie Zone entstehe mit der Folge einer unkontrollierbaren Erosion der Steuereinnahmen. Die Grundlagen der Besteuerung und die Besteuerungssysteme müßten im Blick auf den elektronischen Handel einschließlich der Bezahlung mit elektronischem Geld analysiert, aufgearbeitet und im internationalen Kontext gelöst werden. In der Steuerabteilung sei in diesem Sommer hierfür eine „mobile Arbeitseinheit“ ins Leben gerufen worden.

Der Arbeitsgemeinschaft Klimatagung gehören die folgenden Organisationen an:

- Bund Deutscher Finanzrichter
- Bundesrechtsanwaltskammer
- Bundessteuerberaterskammer
- Bundesverband der Steuerberater
- Bundesverband der vereidigten Buchprüfer
- Deutscher Anwaltverein
- Deutscher Steuerberaterverband
- Deutsche Steuer-Gewerkschaft

- Hauptverband der landwirtschaftlichen Buchstelen und Sachverständigen
- Institut der Wirtschaftsprüfer
- Wirtschaftsprüferkammer

Verhandlungsleiter der Arbeitsgemeinschaft Klimatagung ist traditionell der DSTG-Bundesvorsitzende. Seine Vorgänger: Hermann Fredersdorf als Gründer der Arbeitsgemeinschaft sowie die früheren DSTG-Bundesvorsitzenden Werner Hagedorn und Erhard Geyer – heute DBB-Bundesvorsitzender.

Nur ein Prozent Väter nutzen Erziehungsurlaub

Kindererziehung ist in Deutschland weitestgehend Sache der Mutter. Nahezu alle berechtigten Frauen nehmen Erziehungsurlaub in Anspruch, aber nur ein Prozent der Väter.

Zu diesem Ergebnis kommt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in einer Umfrage.

Deutliche Unterschiede gibt es zwischen Ost- und Westdeutschland bei der Länge des Erziehungsurlaubs. Während in den alten Bundesländern nur 17 Prozent die Berufstätigkeit für nicht länger als zwei Jahre unterbrechen wollen, waren es im Osten mit 43 Prozent mehr als doppelt so viele. Noch auffälliger sind die Unterschiede bei der späteren Wiedereingliederung in den Beruf. Ein Prozent der Frauen im Westen, aber 28 Prozent im Osten konnten nicht wunschgemäß in den Beruf zurückkehren. Andererseits verzichteten in Westdeutschland 24 Prozent der Mütter auf die Rückkehr in den Beruf, während in den neuen Bundesländern 100 % zurückkehren.

Tarifverhandlungen ohne Ergebnis in Stuttgart unterbrochen

Ergebnislos sind am 4. November 1997 in Stuttgart die Verhandlungen zur Beschäftigungssicherung im öffentlichen Dienst unterbrochen worden.

GGVöD-Vorsitzender und Verhandlungsführer Horst Zies forderte die Arbeitgeber von Bund, Ländern und Gemeinden nachdrücklich auf, rasch an den Verhandlungstisch zurückzukehren, um die drängenden Probleme anzupacken. Leider sei man über Verfahrensfragen nicht weit hinausgekommen. Deshalb verlangte er von den Arbeitgebern auch, endlich in substantielle Verhandlungen einzusteigen.

Dies gelte insbesondere für Vereinbarungen zur Einführung der Altersteilzeit im öffentlichen Dienst, wodurch ein wirksamer Beitrag zur Beschäftigungssicherung und gleichzeitig zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit geleistet werden könne. Verständigen könne sich die Gemeinschaft von Gewerkschaften

Abbau von Überstunden offen

und Verbänden des öffentlichen Dienstes (GGVöD) mit den Arbeitgebern des weiteren beim Abbau von Überstunden und bei der Verbesserung freiwilliger Teilzeitarbeit.

Kategorisch abgelehnt hat die GGVöD eine Aushöhung des Tarifrechts durch Öffnungsklauseln oder Leichtlohngruppen. Nicht zu machen seien mit der GGVöD auch Einschnitte bei der vollen Lohnfortzahlung sowie der Zusatzversorgung.

Die Tarifverhandlungen sollen am 15. Januar 1998 „mit allen Themen“ fortgeführt

werden. Auf den Tisch kommen dann auch die Einkommensforderungen zur Tarifrunde. Bereits im September 1997 haben die Spitzenorganisationen des DBB im Beamten- und Tarfbereich, DBB und GGVöD, eine gemeinsame Forderung aufgestellt.

- Einkommensanpassung mit Wirkung vom 1. Januar 1998 um 3,5 %,
- ein weiterer Schritt zur Angleichung der Einkommen Ost an das Westniveau auf 90 v. H.

Ostgehälter müssen angeglichen werden

- Absenkung der Wochenarbeitszeit in den neuen Bundesländern von bisher 40 auf 38,5 Stunden die Woche sowie die Wiederherstellung der 38,5-Stunden-Woche für Beamte in allen Ländern,
- Arbeitszeitflexibilisierung mit Arbeitszeitkonten auf Jahresbasis einschließlich der Umwandlung der Monatsbezüge unter Berücksichtigung aller sonstigen Einkommensbestandteile in Jahresgehälter,
- konkrete Altersteilzeitregelungen,
- Verlängerung der Regelung des § 15 BAT-O zur Vermeidung betriebsbedingter Kündigungen.

Die Tarifverhandlungen lassen noch keinerlei Konturen erkennen; viel weniger die Besoldungsrunde 1998.

Aufschluß darüber wird erwartet von der gewerkschaftspolitischen Arbeitstagung in Bad Kissingen, zu der sich die Politik in hochkarätiger Potenz bereits angemeldet hat: unter anderen Bundeskanzler Helmut Kohl, Bundesinnenminister Manfred Kanther, Ministerpräsidentin Heide Simonis.

+++ Tarif-Telegramm +++

Die DBB-Tarifunion/GGVöD hat den ehemaligen Bürgermeister von Bremen, Hans Koschnick, für weitere zwei Jahre als unparteiischen Schlichter benannt. Koschnick wird als Schlichter aktiv, wenn die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst scheitern sollten und die Schlichtung angerufen wird. Die Arbeitgeberseite hat erneut den ehemaligen Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Carl-Ludwig Wagner, als zweiten Schlichter benannt.

Ohne Ergebnis sind erwartungsgemäß am 6. November 1997 wegen großer Meinungsunterschiede in Kernfragen die Tarifverhandlungen über eine 31. Satzungsänderung der VBL (Zusatzversorgung) zwischen der GGVöD und den öffentlichen Arbeitgebern verlaufen. Die Verhandlungen sollten bereits am 2. Dezember 1997 „im kleinen Kreis“ fortgesetzt werden.

Nur selten vertrauenswürdig sind Angebote von „Finanzberatern“ oder Versicherungsvertretern, wenn sie das Aufspüren sogenannter Versorgungslücken anbieten. Derartige Offerten gehen meist einher mit dem Hinweis auf die „unsichere“ oder „unrentable“ gesetzliche Rentenversicherung. Als Ausgleich werden dann für die Kunden häufig schwer nachvollziehbare Geldanlagen angeboten. Zuverlässige und objektive Auskunft über die tatsächliche Höhe der später zu erwartenden Rente gibt es nur beim Rentenversicherungsträger selbst! Darauf haben jetzt die Landesversicherungsanstalten hingewiesen.

Bestehen zwischen Arbeitnehmern Spannungen, so kann der Arbeitgeber dem durch Umsetzung eines der Arbeitnehmer im Rahmen billigen Ermessens begegnen. Der Arbeitgeber ist nicht gehalten, anstelle der Umsetzung eine Abmahnung auszusprechen (BAG-Urteil vom 24.4.1996, Az.: 5 AZR 1031/94).

Keine Wahl zwischen DM und Euro

In einem dpa-Gespräch hat Ondracek gefordert, daß Steuererklärungen einschließlich Steueranmeldungen für Besteuerungszeiträume bis einschließlich 2001 in „DM“ abzugeben sind. Eine wahlweise Einführung von „DM“ und „Euro“ in das Besteuerungsverfahren könne von der Finanzverwaltung nicht verkraftet werden.

In einer Anhörung des Bundesfinanzministeriums hat der stellvertretende DSTG-Bundesvorsitzende Dr. Rainer Ullrich diese Auffassung bekräftigt. Er hat aber auch deutlich gemacht, daß auch in der dreijährigen Übergangszeit auf jeden Fall erhebliche Mehrarbeit bestehe. Wenn die Finanzämter bereits ab 1. Januar 1999 den Zahlungsverkehr in „Euro“ zu akzeptieren hätten, bedeute dies, daß die Geldeingänge in „Euro“ maschinell in „DM“ umzurechnen seien.

Finanzausgleich der Länder: Ein Webfehler des Föderalismus?

Mitglieder des DSTG-Bundesvorstandes versuchten auf die Frage „Der bundesstaatliche Finanzausgleich – ein Webfehler des Föderalismus?“ in einem Symposium mit Experten aus den Finanzministerien des Bundes und der Länder vom 23. bis 25. Oktober 1997 im Arbeitnehmerzentrum in Königswinter eine Antwort zu finden.

Einen Schwerpunkt des Seminars bildeten Möglichkeiten, über eine Änderung des Finanzausgleichs das Interesse der Länder an der Ausschöpfung ihrer eigenen Finanzkraft zu stärken. Dieses Interesse schwindet gegen Null, wenn – so der Bundesrechnungshof – dem Land Baden-Württemberg von den Steuermehreinnahmen aus Betriebsprüfungen letztlich nur rund 8% verbleiben.

Unter die Lupe genommen wurden auch die Nivellierungstendenzen, die durch den Finanzausgleich bewirkt werden, und der Ausgleich zwischen den alten und jungen Bundesländern.

In das System des bundesstaatlichen Finanzausgleichs eingeführt wurden die Teilnehmer durch Jür-

gen Michalk vom Bundesfinanzministerium („Der Länderfinanzausgleich – Konzeption und Ausgestaltung“). Danach standen sich

Nivellierung macht träge

Vertreter eines „Geber-Landes“ und eines „Nehmer-Landes“ kontrovers gegenüber. Dr. Thomas Kreuder vom Finanzministerium des Landes Hessen und Wolfgang Förster vom Finanzministerium des Saarlandes beantworteten jeweils aus ihrer Sicht die Frage: „Nivelliert der Länderfinanzausgleich die Finanzkraftunterschiede zwischen den einzelnen Ländern oder schafft er einen gerechten Ausgleich?“.

Als Vertreter des „Geber-Landes“ Hessen sah Dr. Thomas Kreuder starke nivellierende Tendenzen im System des Länderfinanzausgleichs, während Wolfgang Förster als Vertreter des „Nehmer-Landes“ Saar im Länderfinanzausgleich das Verfassungsgebot verwirklicht sah, über eine angenäherte Finanzkraft der einzelnen Bundesländer einen Beitrag zu leisten, auch

die Lebensverhältnisse in den einzelnen Bundesländern einander anzunähern.

Umstritten ist auch der Länderfinanzausgleich zwischen den alten und jungen Bundesländern. Blockiert er den kooperativen Föderalismus oder fördert er ihn? Hierzu gaben kontroverse Statements aus der Sicht eines alten Bundeslandes Angelika Marienfeld vom Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen und aus der Sicht eines jungen Bundeslandes Patrick Kraulich vom Finanzministerium des Freistaates Thüringen ab.

Einen Lösungsversuch, wie das Interesse der Bundesländer an der Stabilisierung ihrer eigenen Finanzkraft gestärkt werden muß, wagte Hans Buob, ehemaliger Steuerexperte der SPD-Bundestagsfraktion.

Lösungsvorschlag:

Es widerspreche dem Gedanken des Grundgesetzes, wenn das Nichtausschöpfen der Finanzkraft und eine selbst herbeigeführte Leistungsschwäche mit Ausgleichszahlungen belohnt würden. Als Maßstab für Steuerkraft und steuerliche Leistungsfähigkeit müsse die Personalausstattung der Finanzämter herangezogen werden. In allen Ländern bleibe der tatsächliche Personalbestand hinter dem nach der PersBB ermittelten Soll zurück. Die Differenz sei ein Anhaltspunkt dafür, welchen Anteil der Steuerkraft das betreffende Land nicht ausschöpfe. Das Ist-Aufkommen der veranlagten Steuer soll durch diesen Prozentsatz in ein fiktives Steueraufkommen umgerechnet werden, das – nach Hinzurechnung der übrigen Steuern – die reale Finanzkraft des Landes widerspiegele.

Übereinstimmung bestand in der Diskussion, wie problematisch die Personalbedarfsberechnung als „Rechnungsgröße“ für den Finanzausgleich ist. Sie sei

Geberländer haben geringes Interesse, die Steuerkraft auszureizen

starken politischen Einflüssen ausgesetzt. Der Fehlbetrag werde viel zu niedrig ausgewiesen. Im übrigen sei das Land Baden-Württemberg als starkes Geber-Land nicht an der Personalbedarfsberechnung beteiligt.

Vorgeschlagen wurde auch, das Bruttoinlandsprodukt als Maßstab zu nehmen, obwohl die strukturellen Unterschiede zwischen den Ländern Schwierigkeiten bereiten würden.

Fazit des Seminars:

Die gewaltigen Schwierigkeiten wurden besser erkannt, Lösungsansätze erkennbar verbunden mit der Einsicht, daß es Patentlösungen nicht geben kann, daß weiter um eine Lösung gerungen werden muß mit dem vordringlichen Ziel: die Stärkung der Leistungsfähigkeit der Finanzverwaltung. Die stärkere Erschließung der Steuerquellen darf durch den bundesstaatlichen Finanzausgleich nicht behindert werden. Der Finanzausgleich als Instrument, bundeseinheitliche Lebensverhältnisse über die Ländergrenzen hinweg zu schaffen, darf die steuerliche Gleichbehandlung über die Ländergrenzen hinweg und damit die Steuergerechtigkeit nicht blockieren.

Zielvorgabe für Betriebsprüfer in NRW führte zu Ärger

Betriebsprüfer hatten auch 1996 eine positive Leistungsbilanz. Die 9160 eingesetzten Betriebsprüfer erbrachten auf Bundesebene 16 Milliarden DM Mehrsteuern. Der Prüfungsturnus lag bei Großbetrieben bei 4,99 Jahren, bei Mittelbetrieben bei 14 Jahren, bei Kleinbetrieben bei 28 Jahren und bei Kleinstbetrieben bei 81 Jahren. Der Prüfungsturnus in Nordrhein-Westfalen war schlechter als auf Bundesebene.

Auf Drängen der DSTG und des Bundesrechnungshofes hatte der Bundesfinanzminister die Finanzminister und -senatoren der Länder gedrängt, für mehr Vereinheitlichung bezüglich der Prüfungsdichte im Bundesgebiet Sorge zu tragen. Dies war für Finanzminister Schleußer in NRW der Anlaß, die Oberfinanzdirektionen aufzufordern, mehr zu prüfen. Mehr Personal sollte es dafür nicht geben. Die daraufhin einsetzenden Beratungen zwischen dem Finanzministerium und den

Die Prüferleistung sollte um 15 % angehoben werden

Oberfinanzdirektionen in NRW führten zu einer Zielvereinbarung, wonach die Oberfinanzdirektionen dafür Sorge tragen wollen, daß die Prüferleistung um 15 % gesteigert wird, daß etwa 4700 Prüfungen mehr durchgeführt werden – und dies ohne Personalmehrung.

Diese Zusage der Oberfinanzdirektionen über die Köpfe der betroffenen Betriebsprüferinnen und Betriebsprüfer hinweg führte zu Ärger und Problemen in den Betriebsprüfungsstellen. Die Oberfinanzdirektion Münster gab schriftlich für die Amtsbetriebsprü-

fungsstellen eine Zielvorgabe für 1997 vor, die lautete:

„Mehrergebnis je durchschnittlich eingesetzten Prüfer:

840 000 DM bis 880 000 DM“.

Diese Zielvorgabe wurde einem Journalisten bekannt. Daraufhin kam ein böser Bericht in der Sendung „WiSo“ des ZDF mit dem Kernvorwurf, die Betriebsprüfer müßten ein Mehrergebnis von 840 000 DM bis 880 000 DM erbringen. Sie seien angehalten, nur die wesentlichen Tatbestände aufzugreifen und die Fälle, bei denen keine Nachholungen oder gar Erstattungen erfolgen

ZDF diffamierte Kollegen

würden, lieber liegen zu lassen. In dem Bericht wurden die Betriebsprüfer als „Kopfgeldjäger“ abgestempelt, die Prüfungspraxis als gesetzeswidrig bezeichnet. Weiter wurde in dem Bericht dargestellt, daß die so unter Druck gesetzten Betriebsprüfer über Gebühr rigide prüfen und Betriebe dadurch ruinieren würden.

Die DSTG hat diese unsachlichen und polemischen Vorwürfe in Briefen an die Redaktion und an den Intendanten des ZDF zurückgewiesen. In der Folge führte Ondracek mit dem Journalisten ein mehrere Stunden dauerndes Gespräch vor laufender Kamera. Wann Teile daraus gesendet werden, ist nicht bekannt. Der Journalist war nicht davon abzubringen, daß diese Zielvorgabe die Betriebsprüfer zu einer ungesetzlichen Prüfungsweise anhalte.

Dies macht deutlich, wie sensibel der Prüfungsbereich gehandhabt werden muß. Unsere Betriebsprüferinnen und Betriebsprüfer

haben ausschließlich nach Recht und Gesetz zu arbeiten. Aus den Vorgaben der Abgabenordnung haben sie auch die Sachverhalte aufzugreifen, die zugunsten der Steuerpflichtigen wirken. Eine Zielvorgabe, wie eingangs beschrieben, führt zu Mißverständnissen und Fehlinterpretationen. Deswegen sollte sie schlichtweg unterbleiben. Es kann rechtlich nicht straff vorgegeben werden, daß ein Betriebsprüfer Mehrergebnisse von 840 000 DM bis 880 000 DM pro Jahr zu erbringen hat. Durch eine solche Zielvereinbarung soll Druck auf die Betriebsprüfer ausgeübt werden. Dieser Druck motiviert nicht, sondern bremst eher die Einsatzfreude. Deswegen sollten solche Zielvereinbarungen dort, wo sie getroffen wurden, zurückgezogen werden.

Die Verantwortlichen sollten sich an Bemerkungen des Bundesrechnungshofes aus dem Jahre 1996 erinnern:

„Der Bundesrechnungshof hält es grundsätzlich für sachgerecht, die einzelne Betriebsprüfung sorgfältig vorzubereiten, dabei Prüfungsschwerpunkte zu bilden und

Überflüssige Prüfungshandlungen vermeiden

überflüssige Prüfungshandlungen zu vermeiden. Die Erkenntnisse der Rechnungshöfe deuten jedoch darauf hin, daß die Erwartungen überhöht sind, die die obersten Finanzbehörden des Bundes und der Länder an die Wirkung der Rationalisierungsgrundsätze geknüpft haben. Auch zeigen sie derzeit nicht die Grenzen der Rationalisierung auf, die aus den Aufklärungs- und Ermitt-

lungspflichten der Finanzämter folgen. Die uneingeschränkte Anwendung der Grundsätze verleitet die Betriebsprüfungsstellen, mengenmäßig Leistungen zu Lasten der Arbeitsgüte zu erbringen. In der gleichen Richtung wirken auch strikt gehandhabte Bewertungssysteme für Prüferleistungen. Die vorbeugende Wirkung der Betriebsprüfungen schwindet jedoch auch dadurch, daß die Zahl der Betriebsprüfungen mit unzureichender Bearbeitungsgüte zunimmt. Daher sollten die Grenzen der Rationalisierung deutlich gemacht werden. Die Bewertungssysteme für die Leistungen der Betriebsprüfer sollen vereinfacht, mit den Rationalisierungszielen abgestimmt und so beweglich gehandhabt werden, daß die Arbeitsgüte der Betriebsprüfung gewahrt bleibt“.

„In Ehren ergraut“

200 Jahre brachten drei ehemalige Vorsitzende von DSTG-Mitgliedsverbänden in den letzten Wochen auf die „Zeitwaage“:

Im Rahmen von Geburtstagsempfangen konnten am 22. Oktober 1997 der frühere Vorsitzende des DSTG-Bezirksverbandes Stuttgart, Richard Huber, und am 4. November 1997 der frühere Vorsitzende des DSTG-Bezirksverbandes Düsseldorf, Heinz Wolters, ihren 60. Geburtstag feiern. Der langjährige Vorsitzende des DSTG-Bezirksverbandes Stuttgart, Hubert Staudenmaier, konnte am 10. November 1997 Glückwünsche zu seinem 80. Geburtstag entgegennehmen.

Ondracek: Steuerausfälle durch Einstellungen ausgleichen

In Interviews mit dem Deutschlandradio Berlin, dem Saarländischen Rundfunk und anderen Sendern hat DSTG-Chef Dieter Ondracek deutlich gemacht, daß die Steuermindereinnahmen insbesondere bei der veranlagten Einkommensteuer und Körperschaftsteuer durch den konsequenten Abbau von steuerlichen Vergünstigungen und Sonderregelungen, aber auch durch die Stärkung der Finanzverwaltung ausgeglichen werden können.

Insbesondere die Sonderabschreibungen in den jungen Bundesländern auf Immobilien, aber auch die Abschreibung auf Schiffs- und Flugzeugbeteiligungen hätten inzwischen zu einer Fehlleitung von Ressourcen geführt. Notwendig sei auch eine Reform der Doppelbesteuerungsabkommen und des Außensteuerrechts, um Gewinnverlagerungen in das Ausland zu vermeiden. Dringender denn je seien

aber auch Regelungen auf EU-Ebene zur Steuerharmonisierung und zur Eindämmung des ruinösen steuerlichen Dumpings, über das Gelder in europäische Steueroasen fehlgeleitet wurden.

Vorrangig ist eine Neuordnung des Bilanzsteuerrechts (u.a. Begrenzung von Wertberichtigungen, Rückstellungen und Teilwertab-

Steurdumping auf EU-Ebene beseitigen

schreibungen). Eine gut ausgestattete Steuerverwaltung könne die Steuerkriminalität mit ihrem ausufernden Volumen eindämmen und eine wirksame Prophylaxe gegen die Steuerkriminalität betreiben.

Insgesamt könnten bei realistischer Betrachtung 100 Milliarden DM mehr in die Kassen von Bund, Ländern und Gemeinden fließen; zugleich würde Steuergerechtigkeit wachsen.

Vor diesem fiskalischen Hintergrund hat der Arbeitskreis „Steuerschätzung“ am 11. November 1997 seine neuen Ergebnisse vorgelegt mit einer Schätzabweichung über der Mittelfristprognose der Steuerschätzung vom Mai 1997. Danach müssen Bund, Länder und Gemeinden in diesem Jahr mit zusätzlichen Einnahmeeinbußen von 17,3 Milliarden DM rechnen. Für 1998 werden die Einnahmeeinbußen auf 22,4 Milliarden DM geschätzt.

Zu diesen Steuerausfällen in Höhe von knapp 40 Milliarden DM kommen noch Steu-

ermindereinnahmen in Höhe von 7,5 Milliarden DM aufgrund von Gesetzesänderungen (Absenkung des Solidaritätszuschlages, Abschaffung der Gewerbesteuer) hinzu.

47,2 Milliarden DM Steuerausfälle und -mindereinnahmen

Im Arbeitskreis „Steuerschätzung“ sind Bund, Länder und Gemeinden, Bundesbank, Statistisches Bundesamt und die wichtigsten wirtschaftswissenschaftlichen Institute vertreten.

TK Software Steuer 1997

Software hilft Steuern sparen

Mit der neuesten Version des Einkommensteuer-Programms *TK Software Steuer 1997* können auch steuerliche Laien ihre Einkommensteuer-Erklärung am Bildschirm erstellen. Das Programm führt den Benutzer automatisch an alle Tatbestände heran, die helfen, Steuern zu sparen.

TK Software Steuer 1997 weist auf alle Steuersparmöglichkeiten hin und prüft Eingaben auf Ihre Plausibilität. In Zweifelsfällen werden Korrekturen vorgeschlagen.

TK Software Steuer 1997 ermöglicht nicht nur die schnelle Erstellung der Steuer-Erklärung für 1997, sondern läßt sich auch in 1998 weiter verwenden. So lassen sich zum Beispiel aktuelle Anschaffungen oder angefallene Reisekosten fortlaufend eingeben. Auch ein Fahrtenbuch können Anwender führen. Im Folgejahr übernimmt die Update-Version die Daten.

Besonders Freiberufler und Gewerbetreibende profitieren von der integrierten Einnahme-Überschußrechnung.

Die fertige Steuererklärung kann sowohl auf die Original-Formulare als auch programmerstellt auf Blankopapier gedruckt werden.

TK Software Steuer 1997 kostet beim Erstkauf 98 DM, das jährliche Update wird für 78 DM angeboten.

Das Programm ist direkt zu beziehen beim:

TK Software Vertriebs-Service
Am Brüll 17
40878 Ratingen
Tel. 0 21 02 / 86 21-00
Fax 0 21 02 / 86 21-22
<http://www.tk-software.de>

Sonderbeitrag zur Krankenhausfinanzierung

Widerspruch einlegen

Der DBB empfiehlt allen Einzelmitgliedern, die in einer gesetzlichen Krankenkasse versichert sind, gegen den ab Oktober/November 1997 erhobenen Sonderbeitrag von 20 Mark pro Jahr zur Krankenhausfinanzierung Widerspruch einzulegen. Der DBB ist bereit, zwei oder drei Musterprozesse in dieser Sache durch Verfahrensrechtsschutz zu unterstützen. Konkret empfiehlt der DBB den betroffenen Einzelmitgliedern, den Zahlungsaufforderungen ihrer Krankenkassen zunächst nachzukommen. Zugleich sollte jedoch gegen die Zahlungsbescheide Widerspruch eingelegt werden. Begründet werden sollte der Widerspruch vor allem mit der Unvereinbarkeit des „Notopfer Krankenhaus“ mit dem Gleichheitssatz des Artikels 3 Grundgesetz. Privatkrankenversicherte sind nämlich nicht von der Neuregelung der Krankenhausfinanzierung betroffen.

Nähere Auskunft erteilen die DBB- oder DSTG-Bundesgeschäftsstellen (DBB: Peter-Hensen-Str. 5-7, 53175 Bonn, Fax: 02 28-81 11 71; DSTG: In der Raste 14, 53129 Bonn, Fax: 02 28/23 90 98).

Finanzminister Mayer-Vorfelder hatte einen schweren Stand.

Bezirke bereiteten Landesverbandstag Baden-Württemberg vor

Wichtige personelle und programmatische Weichen stellten die Gewerkschaftstage der drei Bezirksverbände in Baden-Württemberg (Freiburg, Karlsruhe und Stuttgart) am 16. Oktober 1997 in Bad Rappenau. Auf dem Bezirksverbandstag Freiburg konnte der „alte und neue“ Vorsitzende Gerd Huber 54 von 56 abgegebenen Stimmen auf sich vereinen. Mit ebenso überwältigender Mehrheit wurde Petra Imber und Norbert Kaluscha zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Der Gewerkschaftstag Freiburg wählte den früheren

Franz Herth (Freiburg) und Claus Schindler (Karlsruhe) als Ehrenvorsitzende gewählt

Bezirksvorsitzenden Franz Herth wegen seiner überraschenden Verdienste zum Ehrenvorsitzenden.

Die Wahlergebnisse im DSTG-Bezirksverband Karlsruhe fielen ebenso eindeutig aus. Zum neuen Vorsitzenden des DSTG-Bezirksverbandes wurde der frühere

DSTG-Bundesjugendleiter Markus Scholl mit überwältigender Mehrheit gewählt, ebenso die weiteren Vorsitzenden Martina Braun und Bernd Sigrüst. Zu Stellvertretern wurden gewählt Elvira Fuchs und Margit Vetter. Geschäftsführer wurde Raphael Thome.

Die großen Verdienste des früheren DSTG-Bezirksvorsitzenden Claus Schindler spiegelten sich wider in seiner einstimmigen Wahl zum Ehrenvorsitzenden.

Der frühere Kassierer Hubert Eckert, der frühere Geschäftsführer Gerhard Gamber, das langjährige Vorstandsmitglied Kurt Löffler und die frühere stellvertretende Vorsitzende für den Tarifbereich Hildegard Fehrenbach wurden Ehrenmitglieder.

Der Gewerkschaftstag des DSTG-Bezirksverbandes Stuttgart bewies sein großes Vertrauen in die Kandidaten für den Bezirksvorstand. Zum Vorsitzenden wurde Franz Riß, zu stellvertretenden Vorsitzenden Klaus Becht und Siegfried Koch mit jeweils überwältigenden Mehrheiten gewählt, Koch zugleich zum Geschäftsführer des Bezirksverbandes.

Baden-Württemberg

Größerer Stellenwert der Finanzverwaltung

Programmatische und personelle Grundlagen für die Gewerkschaftsarbeit in den nächsten vier Jahren legte der DSTG-Landesverband Baden-Württemberg am 16. und 17. Oktober 1997 auf seinem Steuer-Gewerkschaftstag in Bad Rappenau.

Der Landes-Gewerkschaftstag war verbunden mit den Gewerkschaftstagen der Bezirksverbände Freiburg, Karlsruhe und Stuttgart.

Glanzvoller Höhepunkt war die öffentliche Kundgebung im Rahmen des DSTG-Landesverbandstages Baden-Württemberg am 17. Oktober 1997.

In einer vielbeachteten programmatischen Rede zeichnete der DSTG-Landesvorsitzende Rainer Ullrich ein ungeschminktes Bild der Lage der Steuerverwaltung. Die ständig wachsenden Fallzahlen, verbunden mit einer nicht abreißen Komplizierung des Steuerrechts, einer blühenden Schattenwirtschaft mit endgültigen Steuerausfällen in Höhe von mindestens 150 Milliarden DM, die Abwanderung von Kapital in Niedrigsteueregebiete, das erstmalig rückläufige Steueraufkommen zeigten den Rahmen auf, in dem die Steuerverwaltung des Landes Baden-Württemberg zu operieren habe.

Gerade unter diesem Blickwinkel wachse der Stellenwert der Steuerverwaltung. Unverantwortlich sei daher der Abbau von Stellen. Ullrich forderte mit Nachdruck den „Gleichklang“ mit der Polizei und den Lehrern.

Vorrangiger denn je sei es, alle Anwärter im mittleren und gehobenen Dienst zu übernehmen. Sie seien für die Aufgaben der Steuerverwaltung mit großem finan-

ziellem Aufwand ausgebildet worden. Die Steuerverwaltung des Landes sei dringend angewiesen auf hochqualifizierte junge Menschen.

Ullrich streifte das gesamte Spektrum der DSTG-Gewerkschaftsarbeit von der Stellenplangestaltung über das Reisekostenrecht bis hin zur Neuorganisation der Steuerverwaltung. Endlich müsse Schluß sein mit einer Politik der „Nadelstiche“ gegen den öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg. Beispielfür dafür nannte er den Wegfall der Jubiläumsgeldzuwendung – „falsch, psychologisch fehlgeleitet und demotivierend“!

Der Finanzminister von Baden-Württemberg, Gerhard Mayer-Vorfelder, hatte gegen diese Rede einen schweren Stand. Geschickt in der Form, aber hart in der Sache verteidigte er das Sparprogramm der Landesregierung und kündigte zugleich auf Bundesebene Initiativen des Bundesrates, Kürzungen der Sonderzuwendung (Weihnachtsgeld) an. Das Weihnachtsgeld bleibe erhalten, müsse aber modifiziert und „sozial gestaffelt“ werden.

Mit Sorge betrachtete Mayer-Vorfelder auch die Erosion der Steuereinnahmen. Erstmals seien die Steuern von der wirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt worden. Trotz eines deutlichen Wirtschaftswachstums verringerten sich die Steuereinnahmen.

Nach dem Bürgermeister von Bad Rappenau, Gerd Zimmermann, richteten die Vertreter der Parteien Grußworte an die Delegierten. Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Wolfgang Bedder, die stellvertretende Vorsitzende der Landtagsfraktion

Bündnis 90/Die Grünen, Marianne Erdrich-Sommer, und für die F.D.P. MdL Kleinmann.

Der Vorsitzende des DBB-Landesbundes Baden-Württemberg, Horst Bäuerle, geißelte den verstärkten Sparkurs der Landesregierung gegen den öffentlichen Dienst und forderte zum Umdenken auf. Der Stellenwert des öffentlichen Dienstes müsse in einem demokratischen und sozialen Rechtsstaat deutlich werden.

In seinem Referat appellierte der DSTG-Bundesvorsitzender Dieter Ondracek an die Politik, das Steuerrecht zu vereinfachen, die Steuerschlupflöcher durch Gewinnverlagerung ins Ausland zu stopfen, mehr Planstellen für die Steuerverwaltung auszuweisen, entsprechend der dynamisch wachsenden Aufgaben und „die Mannschaft“ durch bessere Beförderungschancen zu motivieren. „Dann wird sich die Haushaltslage auf der Einnahmenseite so verbessern, daß sie auch Zusatzwünsche nach mehr Polizisten und Lehrern befriedigen können und dies will doch ihr Ministerpräsident von Ihnen, Herr Finanzminister!“, so der Schlußappell von Ondracek.

Die Wahlen brachten einen überragenden Vertrauensbeweis, insbesondere für den Landesvorsitzenden Dr. Rainer Ullrich. Von 263 abgegebenen Stimmen konnte er 253 auf sich vereinigen. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden die Bezirksvorsitzenden Franz Riß (Bezirksverband Württemberg), Markus Scholl (Bezirksverband Karlsruhe) und Gerd Huber (Bezirksverband Freiburg) gewählt, ebenfalls mit überwältigenden Mehrheiten zum Geschäftsführer Siegfried Koch.

Den früheren Vorsitzenden der Bezirksverbände Freiburg und Karlsruhe, Franz Herth und Claus Schindler, wurde die Ehrenmitgliedschaft verliehen.

FISCUS: „Ein Kind lernt laufen“

Wenn ein Kind spät laufen lernt, mag dies für die Eltern Anlaß sein, sich über seine spätere Entwicklung zu sorgen. Zunächst freuen sie sich aber, daß es überhaupt laufen kann. Der DSTG-Bundesvorstand hat in seiner Sitzung am 13./14. November 1997 in Ludwigs-hafen mit wohlwollender Distanz einen Sachstandsbericht des Bundesfinanzministeriums zu dem Projekt „FISCUS“ zur Kenntnis genommen. Danach sind bis zur Realisierung eines Pilotprojektes fünf Einzelschritte vorgesehen:

- die Konkretisierung der Projektziele
- die Organisation der Zusammenarbeit unter den Ländern mit dem Bund
- die Festlegung zur Systementwicklung und Projektdurchführung
- die Erarbeitung von Grobkonzepten
- die Realisierung eines Pilotprojektes

Das Bundesfinanzministerium im O-Ton:

„Inzwischen sind für die Stufe 1 von BuStra/Steufa und GrEst bereits erste Prototypen erstellt worden, um die Funktionalität und das Zusammenspiel mit fachlichen Querschnittsaufgaben intern abstimmen zu können.

Die Realisierung von FISCUS-Basiskomponenten, des sog. Anwendungsrahmens, durch die zentrale Arbeitseinheit „Architektur“ ist weit fortgeschritten. Die erste Ausbaustufe soll Ende Januar 1998 fertiggestellt sein. Damit wird ein wichtiges Zwischenziel erreicht.

Für die folgende Projektphase ist eine neue weitgehend endgültige Verteilung von FISCUS-Auf-

gaben auf die Länder erforderlich, die sog. Dritte Zerlegung. Die Vorarbeiten hierfür laufen auf vollen Touren.“

Das Land Nordrhein-Westfalen ist mit der Realisierung des Pilotprojektes „Vollstreckung“ betraut. Hierzu O-Ton des Finanzministerium Nordrhein-Westfalen:

„Das Land Nordrhein-Westfalen hatte es übernommen, im Rahmen des Gesamtprojektes die fachliche Anwendung für die Vollstreckung als FISCUS-Pilotprojekt zu entwickeln.

Entsprechend den Planungs- bzw. Projektaufträgen ist das Pilotprojekt Vollstreckung (Vollstreckungssystem – VoSystem) mit seiner fachlichen Stufe 1 am 1. 7. 1997 in einem nordrhein-westfälischen Finanzamt erprobungshalber eingesetzt worden; am 21. 7. 1997 bzw. 25. 8. 1997 wurde der Einsatz auf zwei weitere Finanzämter ausgeweitet.

Alle in den Vollstreckungsstellen der drei Finanzämter insgesamt bestehenden 33 Arbeits-

Fälle, die zuvor nicht vollstreckungsanfällig waren. Dieses Vorgehen wurde gewählt, um die erste Erprobung nicht mit der Übernahme des Bestandes und den damit verbundenen besonderen Arbeiten zu betrachten. Zu Beginn des Jahres 1998 ist die Übernahme der Bestände in den drei Vollstreckungsstellen vorgesehen.

Neben der Abrundung der fachlichen Stufe 1 und dem unmittelbar daran anschließenden Beginn der Realisierung der fachlichen Stufe 2 werden mit den anderen Ländern die Vorbereitungen getroffen, das VoSystem auch dort einsetzen zu können. So ist z.B. bis zum Ende des Jahres 1997 vorgesehen, unbeschadet des Fortgangs der Erprobung in den drei nordrhein-westfälischen Finanzämtern das VoSystem auf die im Rahmen von FISCUS inzwischen bis auf weiteres vorgesehene Zielplattform Reliant-Unix (als Server-Betriebssystem)/Oracle (als Datenbanksystem) zu portieren. Dies ist u.a. Voraussetzung für den in 1998 beabsichtigten Einsatz des VoSystems in den Ländern Bayern und Sachsen“.

Bisherige Erfahrungen sind zufriedenstellend

plätze (einschl. Sachgebietsleiter) sind an das VoSystem angeschlossen und mit der erforderlichen Hardware ausgestattet (IT am Arbeitsplatz: PC mit Windows-NT als Betriebssystem, 17"-Farbmonitore).

Die Erfahrungen sind zufriedenstellend, die Pilotierung dauert bis Ende 1997 an.

Die Erprobung des VoSystems ist derzeit noch beschränkt auf solche rückständig gewordenen

Verbandstag in Limburg

Steuern in Hessen auf Talfahrt

Über 150 Delegierte und Gastdelegierte aus den 38 Ortsverbänden der DSTG Hessen haben am 15. und 16. Oktober 1997 in Limburg Zeichen gesetzt, die weit über das Land hinausreichen. Der 19. Vertretertag der DSTG, insbesondere die öffentliche Kundgebung mit über 1 500 Teilnehmern, war eine brodelnde Manege.

Standing Ovation erntete die DSTG-Landesvorsitzende Anne Schauer mit einer Grundsatzrede, die die einen betroffen machte und die anderen erleichterte, weil Anne Schauer sagte, was viele denken:

Ein Stein des Anstoßes sei, so Schauer, der Niedergang des Steueraufkommens in Hessen. So betrage das Steueraufkommen aus der veranlagten Einkommensteuer 1996 nur noch 12 v.H. und der Körperschaftsteuer nur noch 79 v.H. des Aufkommens aus 1992. Die Lohnsteuer dagegen sei inzwischen auf 110 v.H. hochgeschwungen. Wenn im Finanzamt Bad Homburg z.B. im Kalenderjahr 1990 noch 439 Millionen DM Einkommensteuer eingenommen worden seien und man 1996 3 Millionen DM an die Steuerpflichtigen ausgezahlt habe, müsse man sich fragen, ob in unserem Steuersystem „noch alles mit rechten Dingen“ zugehe.

„Da das Finanzamt Bad Homburg ja dafür bekannt ist, daß in seinem Bereich nicht gerade die Ärmsten der Armen leben, macht dieses Beispiel auch deutlich, daß die steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten überwiegend von den Großverdienern in unserem Lande genutzt werden können. Ein Umsatzsteuerprüfer hat im Kalenderjahr 1996 ein Durchschnittsmehrergebnis pro Fall von 4 000 DM gebracht, ein Betriebsprüfer

Protestplakate über den Köpfen der hessischen Delegierten.

durchschnittlich pro Jahr 1,1 Mio. DM mehr eingenommen. Das sind Zahlen, bei denen einem Finanzminister die Augen glänzen müßten. Daher: Zusätzliches Personal in der Steuerverwaltung ist nicht nur ein Posten auf der Ausgaben-seite. Zusätzliche Personalkosten in der Steuerverwaltung amortisieren sich ganz schnell!!!“, so Anne Schauer.

DSTG-Chef Dieter Ondraček appellierte an die Politik:

- Sorgen Sie dafür, daß unser Steuerrecht gerechter wird! Setzen Sie dabei dort zu allererst an, was unsere Bürgerinnen und Bürger am allermeisten stört und was sie als ungerecht empfinden!
- Stopfen Sie die Schlupflöcher!
- Sorgen Sie dafür,
 - daß es für prominente Bürger künftig nicht mehr möglich wird, sich durch Wohnsitzverlagerung aus der deutschen Besteuerung abmelden zu können,
 - daß Konzerne mit Firmenkonstruktionen und Verrechnungspreisen ihre Gewinne nicht mehr ins Ausland verlagern können und im Inland ihre Steuern zahlen,

- daß es für Bilanzakrobaten nicht mehr möglich ist, durch Bilanzierungstricks ihre Einkommen zu mindern und dadurch erheblich ihre Steuerlast senken können,
- daß es Abschreibungskünstlern nicht mehr möglich ist, unter Ausnutzung aller denkbaren, manchmal auch undenkbarsten Gestaltungsvariationen ihre Steuerlast gegen Null zu drücken,
- daß diejenigen, die ihre Umsätze und Gewinne gleich von Anfang an am Finanzamt vorbeierwirtschaften frühzeitig von der Steuerverwaltung erwischt werden können,
- daß diejenigen, die den Staat betrügen und die Finanzämter belügen und Steuern massiv hinterziehen, rechtzeitig gestellt und bestraft werden können.
- Setzen Sie Ihre, die hessische Steuerverwaltung, in die Lage, für einen ge-

rechten Vollzug zu sorgen!

- Weisen Sie mehr Planstellen aus!
- Motivieren Sie die Mannschaft durch bessere Beförderungschancen!

Schwer hatten es dagegen die Politiker, ihre Positionen zu verteidigen, insbesondere Finanzminister Karl Starzacher (SPD), der die Vorschläge eines hessischen Staatssekretärausschusses zu Eingriffen in die Arbeitsbedingungen des öffentlichen Dienstes zu verteidigen hatte. Immerhin konnte er darauf verweisen, daß in seiner Amtszeit das Bp-Programm fortgesetzt und die Automationserstattung verbessert wurde.

Noch schwerer hatten es die übrigen Politiker aller Parteien. So die Begrüßungsrredner:

- für die SPD Rita Streb-Hesse,
- für die CDU Karl-Heinz Weimar und
- für die F.D.P. Ruth Wagner.

Als überwältigender Vertrauensbeweis für die DSTG-Landesvorsitzende Anne Schauer wurde ihre Wiederwahl: 133 von 140 Stimmen konnte sie auf sich vereinen.

Mit ebenso überwältigenden Ergebnissen wurden Peter Neumann und Hubert Döhler in ihren Ämtern als stellvertretende Landesvorsitzende bestätigt. Als Nachfolger von Eddy Morgestern, der aus persönlichen Gründen nicht mehr kandidierte, wurde der bisherige Landesjugendleiter Michael Volz als stellvertretender Landesvorsitzender in die Landesleitung gewählt. Als Geschäftsführerin wurde Annelie Hauptvogel in ihrem Amt bestätigt.

Abschied nahm der Landesvertretertag von Christian Adamski, der nach seiner Berufung zum Finanzpräsidenten (Bauverwaltung) der Oberfinanzdirektion Frankfurt nicht mehr für eine Wiederwahl zur Verfügung stand. Für sein 23jähriges Engagement für die Steuerverwaltung verlieh ihm der 19. Vertretertag den „Goldenen Steuergroschen“.

Anne Schauer:

„Christian Adamski hat sein politisches Know-how, seinen Sachverstand, aber auch seine große persönliche Integrität in die Gewerkschaftsarbeit der DSTG eingebracht“.

Als Nachfolger von Christian Adamski wählten die Delegierten Heinrich Afflerbach (FA Frankenberg).

Den „Silbernen Steuer-Groschen“ erhielten der ausgeschiedene stellvertretende Landesvorsitzende Eddy Morgenstern, und Erhard Henrich, der lange Jahre das Amt des Schriftführers der DSTG Hessen ausgeübt hatte – beide engagierte Gewerkschafter, die mit Spürsinn und Menschlichkeit für die Interessen ihrer Kolleginnen und Kollegen gestritten haben.

Rund 110 Anträge wurden beraten. Beschlüsse gefaßt wurden zum breiten Spektrum der DSTG-Gewerkschaftsarbeit – von der Steuerpolitik über die Dienstrechts-, Tarif- und Beamtenpolitik bis hin zum Länderfinanzvergleich.

Die Selbstveranlagung – eine Fata Morgana?

Zu einem Informationsabend über die „Selbstveranlagung nach neuem britischen Steuererfahrensrecht“ hatte die Bundesfinanzakademie in Brühl eingeladen.

Jeremy Tyler, Policy Advisor vom Inland Revenue Service und David Genders von der Anwaltsfirma Sayers Butterworth in London beleuchteten aus ihrer Sicht das neue britische System, das seit April 1996 angewandt wird. Mit dem Begriff „Self-assessment“ („Selbstveranlagung“) sollen Millionen von Steuerzahlern in erster Linie selbstverantwortlich für ihre „Steuerangelegenheiten“ sein und sich auf der Grundlage ihrer Steuererklärung selbst veranlagern können – ein System, das bereits seit vielen Jahren in Irland, Frankreich, Spanien und nicht zuletzt in den USA praktiziert wird.

Nach einem bestimmten Schlüssel würden die selbst-

veranlagten Bescheide innerhalb eines Jahres überprüft, bei den Steuerpflichtigen rückgefragt und notfalls auf Datenbestände des „Inland Revenue“ zurückgegriffen.

Unklar blieb der Kontrollmechanismus im einzelnen. Eine Außenprüfung ist allenfalls in Rudimenten erkennbar.

Bundesgeschäftsführer Paul Courth hat in der Diskussion auf das amerikanische System der Selbstveranlagung hingewiesen. Das System funktioniere deshalb, weil die US-Steuerverwaltung (IRS) einen engen Informationsverbund mit den Banken unterhalte und Kontenbewegungen usw. dem IRS vorlägen. Im übrigen verfüge der IRS über die Sozialversicherungsnummer und könne auf eine Vielzahl von persönlichen Daten zurückgreifen – vor dem IRS sei der US-Steuerzahler ein „gläserner Bürger“.

Dieses Prinzip könne – so Courth – kein Vorbild für die deutsche Besteuerungspraxis sein. Eine Selbstveranlagung müsse daher eng gekoppelt werden mit einem Kontrollsystem über die Außendienste, aber auch die Innendienste. Ohne dieses Kontrollsystem berge die Selbstveranlagung das Risiko gewaltiger Steuerausfälle in sich.

Im übrigen zeigt das deutsche Besteuerungsverfahren, insbesondere nach den GNOFÄ-Neu, deutliche Parallelen zur Selbstveranlagung, insbesondere wenn nach dem Prinzip verfahren wird, das im Anwendungserlaß zur AO verankert ist: „Für den Regelfall kann davon ausgegangen werden, daß die Angaben des Steuerpflichtigen in der Steuererklärung vollständig und richtig sind“ – ein Sicherheitsrisiko für die öffentlichen Haushalte.

Die Teilnehmer wurden vom Präsidenten der Bundesfinanzakademie, Horst Vogelgesang, begrüßt. Die Diskussion wurde geleitet vom Leiter der Lehrgruppe V, Dr. Kramer.

Bremen: Stopp für neues Personal

Erst stirbt die Ausbildung, dann die Verwaltung – unter diesem Motto fand der 43. Gewerkschaftstag des DSTG-Landesverbandes Bremen am 14. Oktober 1997 statt. Er bot die vortreffliche Gelegenheit, vor Gästen aus Politik und Verwaltung die bedrückende Lage der Steuerverwaltung und ihrer Beschäftigten deutlich zu machen.

DSTG-Landeschef Willy Hollatz zeichnete in seiner Eröffnungsrede ein düsteres Bild der Lage. Seit diesem Jahr würden in Bremen keine Nachwuchskräfte mehr eingestellt. Mit immer weniger Personal müsse immer mehr Arbeit erledigt werden. Die Steuerrechtspflege sei akut gefährdet und damit die Sicherung der Steuereinnahmen in ei-

Steuerflucht Kampf angesagt

ner besonders schwierigen Wirtschafts- und Finanzkrise – für die Deutsche Steuer-Gewerkschaft eine Herausforderung, sich gegen eine weitere Schwächung der Steuerverwaltung zur Wehr zu setzen.

DSTG-Chef Dieter Ondracek umriß das politische und soziale Umfeld, in dem die Steuerverwaltung zu operieren habe. Wachsende Steuerausfälle durch Gewinnverlagerung ins Ausland und die konsequente Ausschöpfung von steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten, eine bedrohlich wachsende Steuerkriminalität kennzeichneten die Arbeit der Beschäftigten der Steuerverwaltung. Unser Steuersystem sei in eine bedrohliche soziale Schiefelage geraten.

Erforderlicher denn je sei eine exakte Analyse der wachsenden Aufgaben der Steuerverwaltung und eine

In Bremen am Ruder: Thomas Stitz.

damit einhergehende Personalentwicklung. „Es führt kein Weg an einer personellen Verstärkung vorbei“, so Ondracek.

Dies gelte sowohl für die Innen- als auch die Außendienste. Der Prüfungsturnus sei in Bremen viel zu lang gestreckt. Auch die Innendienste seien heillos überlastet.

Für den entschuldigten neuen Finanzsenator in Bremen, Hartmut Perschau, kritisierte Staatsrat Bangemann das Thema des Gewerkschaftstages als provokativ. Die Vorwürfe des Landes- und Bundesvorsitzenden träfen gerade für Bremen nicht zu. Im Vergleich zu an-

Staatsrat Bangemann hält DSTG-Forderung für provokativ

deren Bundesländern stehe der Stadtstaat nach Einführung der 40-Stunden-Woche und der GNOFÄ-Neu wesentlich besser dar.

Insbesondere der Beitrag des Staatsrates zeigte den Delegierten auf, welche Herausforderung der neue Vorstand der DSTG-Bremen zu bestehen hat.

Als Vorsitzender des Landesverbandes wurde Thomas Stitz als Nachfolger von

Willy Hollatz gewählt, der nach achtjähriger Tätigkeit als Landesvorsitzender zur Wiederwahl nicht mehr zur Verfügung stand. Thomas Stitz tritt in die Fußstapfen seines Vaters Arnold Stitz, der in den 70er Jahren den Landesverband erfolgreich führte.

Als stellvertretende Vorsitzende wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder Peter Jahne und Holger Suhr gewählt. In seinem Amt als Schatzmeister wurde Kollege Winfried Noske ebenso wie Jutta Dombrowsky als Schriftführerin bestätigt.

Das gesamte Spektrum der DSTG-Gewerkschaftsarbeit wurde durch die Beschlüsse des Gewerkschaftstages abgedeckt. Schwerpunkte bildeten die Bereiche Ausbil-

dung und Nachwuchskräfte, die Dienstpostenbewertung, der EDV-Einsatz am Arbeitsplatz sowie eine Neugestaltung des Länderfinanzausgleichs“.

Einen drängenden Appell richtete der neu gewählte DSTG-Landesvorsitzende Thomas Stitz an die Politik:

„Weg mit diesen Globalkürzungen und Anerkennung der selbstkritischen Zahlen der Personalbedarfsberechnung in der Steuerverwaltung! Dann hat man keinen Bediensteten zuviel oder zuwenig für unseren und das Allgemeinwohl so wichtigen Auftrag, nämlich der Festsetzung und Erhebung von Steuern nach dem Gleichheitsprinzip.“

Ortsverband Aschaffenburg zu Gast im DSTG-Haus

Eine Abordnung aus dem DSTG-Ortsverband beim Finanzamt Aschaffenburg unter der Leitung des Ortsvorsitzenden Günter Seidel war zu Besuch in Bonn. Eingeladen hatte die finanzpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, Christine Scheel, die die Steuerbeamten ihres Wahlkreises vor Ort in Bonn über ihre Arbeit informieren wollte.

Auf dem Programm stand ein Besuch im DSTG-Haus. Der DSTG-Bundesvorsitzende Dieter Ondracek erläuterte die Arbeit der Bundesleitung und gab einen Überblick über die im politischen Raum laufende Diskussionen über Steuerreform, Dienstrechtsreform, Versorgungsreform, Haushaltssituation und Steuerschätzung. In der Diskussion wurde deutlich, daß die Kolleginnen und Kollegen aus Aschaffenburg sich von ihrer DSTG in Bonn richtig vertreten fühlen und daß sie eine starke Interessenvertretung am Parlaments- und Regierungssitz für notwendig halten.

Absage an Steueramnestie

Der DSTG-Chef Dieter Ondracek hat an Bundesfinanzminister Theo Waigel appelliert, Amnestiepläne zur Steuerhinterziehung von Kapitaleinkünften aufzugeben. Die Unruhe der Kolleginnen und Kollegen aus der Steuerfahndung wachse. Sie bemühten sich seit vielen Jahren, die vielfachen Verflechtungen in den Banken zu entwirren. In mühevoller Kleinarbeit deckten sie Stück für Stück Manipulationen und Machenschaften auf. Manch einer der Ermittler habe es geahnt: „Wenn wir uns soweit durchgewühlt haben und an die Großen kommen, wird es eine Amnestie geben und die Ermittlungen werden uns dann so aus der Hand genommen“.

Steuerhinterziehung sei – so Ondracek – kein Kavaliersdelikt, sondern eine kriminelle Tat, die mit Freiheits-

Ondracek warnt vor Kumpanei mit den „Großen“

strafen bedroht sei. Bei keiner anderen Straftat gebe es die Möglichkeit der Selbstanzeige. Von daher war – psychologisch gesehen – die Steuerstraftat schon immer eine Tat, die von Staats wegen vergleichsweise privilegiert worden sei.

Eine Generalamnestie scheidet deshalb aus. Man wolle den großen Tätern mit weißem Kragen noch einmal einen feineren Weg ebnet, damit sie sich vor dem Finanzamt nicht als reuige Sünder offenbaren müssen. Für die ehrlichen Steuerzahler entstehe der fatale Eindruck, daß „die alle unter einer Decke steckten“. Für die Täter schwinde der Abschreckungseffekt, weil sie offenbar damit rechnen könnten, daß ihnen die Politik helfe. Auf die Banken bezogen bedeute dies:

Ihnen bleibe als letzte Rettung die Politik, nachdem die Spitzenbanker den Steuerfahndern das Leben schwer gemacht und bis zum Bundesverfassungsgericht versucht hätten, Ermittlungen abzuwehren.

Ondracek warnte vor den Auswirkungen auf die Steuermoral. Wenn heute schon über 50 % der Steuerbürger der Versuchung erliegen und potentiell bereit seien, dem Finanzamt falsche Angaben zu liefern, sei dies ein Alarmzeichen. Eine Generalamnestie wäre ein völlig falsches Signal. Es wäre fatal, wenn die Politik Steuerhinterziehung augenzwinkernd hinnähme und den Großverdienern und den Vermögenden aus der Patte helfe.

Die Hoffnung sei trügerisch, daß nach einer Amnestie das Fluchtkapital nach Deutschland zurückkehre. Denn jeder, der sein Kapital ins Ausland transferiert und seine Kapitaleinkünfte nicht versteuert habe, könne sich jeden Tag entscheiden, das Kapital zurückzutransferieren, die nicht versteuerten Zinsen nachzuerklären und die Steuer nachzutrichen, um so straffrei zu bleiben.

Wer diesen Weg heute nicht gehe, werde dies auch nach einer Amnestie nicht tun.

Ondracek hat Waigel aufgefordert, stärker auf die Länder Einfluß zu nehmen, die Finanzverwaltung zu stärken, damit sie endlich in der

Amnestie bringt kein Fluchtkapital zurück

Lage seien, die Hinterziehung bei Kapitaleinkünften wirksam zu bekämpfen. Dies müsse flankiert werden durch die Abschaffung des § 30a der Abgabenordnung („Bankgeheimnis“) und durch die Einführung von Kontrollmitteilungspflichten. Weiter müsse im Rahmen der EU die Möglichkeit der Rechts- und Amtshilfe ausgebaut werden.

Christine Scheel: „Die Grünen und das Geld“

Der DSTG-Bundesvorsitzende Dieter Ondracek war zu einer Buchvorstellung besonderer Art eingeladen. Zusammen mit MdB Hans-Peter Repnik, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion im Bundestag, diskutierte er auf dem Podium über das von MdB Christine Scheel („Bündnis 90/Die Grünen“) verfaßte Buch „Die Grünen und das Geld – Das Steuersystem für ein neues Jahrtausend“. In dem Buch erläutert die Autorin plastisch die politischen Schwierigkeiten um die Steuerreform. Sie zeigt die Schwächen des heutigen Systems auf, spricht den Einfluß der Lobbyisten an, nennt die Problembereiche und bietet Lösungen an.

Ondracek würdigte in seinem Redebeitrag das Buch. Es mache deutlich, daß das Thema „Geld, Finanzen und Steuern“ der Schlüssel für die Politik schlechthin sei. Er sprach auch an, daß der empfindlichste Punkt dabei die Gerechtigkeit ist. Steuern würden nur akzeptiert, wenn alle gleichmäßig belastet werden, wenn der Staat sicherstelle, daß diejenigen, die mogeln wollen, rechtzeitig erwischt und ebenfalls richtig besteuert würden.

Eine gleichmäßige Besteuerung war nach Ansicht von Ondracek auch das Motiv und Antrieb für die Arbeit, die Christine Scheel auf sich genommen hat.

Es sei bemerkenswert, daß die größere Oppositionspartei, die SPD, es nicht geschafft habe, ein geschlossenes Steuerreformpaket vorzulegen.

Christine Scheel sei den richtigen Weg gegangen. Sie habe in vielen Passagen die Frage gestellt: „Ist es gerecht, wenn...“. Nur so komme man auch ans Ziel.

Ein großer Teil der Vorschläge könne von der DSTG mitgetragen werden. In einigen Punkten gäbe es sicher noch Gesprächsbedarf. Anzuerkennen sei aber in jedem Fall, daß ein sich tragendes Konzept auf den Tisch gelegt worden sei.

Tauschcke

StOI'in aus Baden-Württemberg (OFD Karlsruhe) sucht dringend Tauschpartner/in aus den Bereichen der OFD Kiel oder Hamburg.

StOI'in aus Hessen (OFD Frankfurt/Main) sucht Tauschpartner'in aus Nordrhein-Westfalen (OFD Düsseldorf oder Köln).

StI aus Rheinland-Pfalz (OFD Koblenz) sucht Tauschpartner/in aus Baden-Württemberg (OFD Freiburg).

StOI'in aus Berlin (OFD Berlin) sucht Tauschpartner/in aus dem Bereich der OFD Hamburg.

StOS'in aus Baden-Württemberg (OFD Stuttgart) sucht Tauschpartner/in aus dem Bereich der OFD Münster.

StI'in aus Rheinland-Pfalz (OFD-Bereich Koblenz) sucht Tauschpartner/in aus dem Saarland.

StI'in z.A. aus Baden-Württemberg (OFD Karlsruhe) sucht Tauschpartner/in aus dem Bereich der OFD Frankfurt.

StOS'in aus Nordrhein-Westfalen (OFD Düsseldorf) sucht dringend Tauschpartner/in aus Baden-Württemberg (OFD Stuttgart oder Freiburg) oder Bayern (OFD München).

VAe (VII BAT) vom Finanzministerium D'f sucht Tauschpartner/in aus dem OFD-Bezirk Münster.